

Laut „Echo de Paris“ soll Lloyd George Ende dieser Woche in Paris eintreffen.

Der Völkerverbund.

(w.) Nach einer Radio-Meldung aus New-York schreibt die „Evening Post“ vom 29. Dezember, daß im Senat die Opposition der Republikaner gegen die Völkerverbündsidee abnimmt.

(*) Im norwegischen „Dagbladet“ tritt der Störungspräsident Nowinkel in warmen Worten für den Frieden ein, um den jetzt die ganze Welt einen harten Kampf auskämpft. An diesem Frieden könnten die Neutralen nicht unbeteiligte Zuschauer sein, vielmehr müßten sie aktiv am Ausbau eines Friedens mitarbeiten, von dessen Gestaltung auch ihr nationales Dasein abhängig sein würde. Aber der Widerstand, den es hierbei zu überwinden gelte, sei mächtig. Deshalb scharten sich jetzt alle, die mit Sorge und Bestimmtheit den Frieden in Gefahr sähen, um Wilson, zu dessen Einfluß sie noch Vertrauen hätten, aber die ganze Welt sei mit ängstlicher Unsicherheit erfüllt. In Deutschland sei das alte System völlig zusammengebrochen, aber es seien in dem unglücklichen Lande anarchische Zustände zu befürchten, wenn Deutschland nicht durch den Frieden die Möglichkeit für einen wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufbau erhalte. Aus allen Schichten der Kriegführenden und der Neutralen riefen zu Wilson, von dem das Schicksal der ganzen Welt abhänge, scheine, Roschreie auf, daß er an seinen Grundsätzen für das zukünftige Zusammenleben der Nationen im Völkerverbund festhalte, damit nicht all das Blut in all diesen Jahren vergeblich geflossen sei.

Wilson.

(b.) Das „Echo de Paris“ meldet aus Washington: Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wird Präsident Wilson sich am 10. Februar nach Amerika einschiffen.

Der Waffenstillstand.

Unsere Marineluftschiffe.

(b.) In den nächsten Tagen trifft eine Kommission von drei Offizieren des Verbandes von Spaa kommen, in Berlin ein, um in Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen die Marineluftschiffe in Zülpich und Friedrichshafen zu besichtigen. Mit der Führung der Kommission ist Kapitänleutnant Dreihaupt beauftragt.

Zur Ablieferung des „U. 9.“

(*) Zu der der Presse von der Telegraphen-Union übermittelten Meldung, daß „U. 9.“ nur wegen der Gewinnucht seiner Besatzung abgeliefert worden sei, wird dem „Berl. Vol.-Anz.“ von dem damaligen Kommandanten des Bootes, Oberleutnant z. S. Kolda, u. a. geschrieben, daß deutscherseits der englische Admiral gebeten worden war, auf die Abgabe von „U. 9.“ und zwei weiteren U-Booten zu verzichten, da es fraglich sei, ob sie zur Ueberfahrt genügende Seetüchtigkeit besäßen, daß diese Bitte aber von Admiral Beatty abgelehnt worden sei, und zwar mit dem besonderen Hinweis darauf, daß „U. 9.“ erst vor kurzem durch eine längere Reise (Zahrt nach Stettin; um der Revolution zu entgehen) eine genügende Seetüchtigkeit bewiesen habe. Entsprechend der Forderung der Engländer habe „U. 9.“ mit ausgeliefert werden müssen. Bei der Abfahrt sei das Boot noch streng vor Sabotageversuchen gewarnt worden, da diese einen Bruch des Waffenstillstandes und eine Besetzung von Belgien zur Folge haben könnten. (Niemand, so bemerkt die „R. V.-Z.“ hierzu, kann dieser Darstellung, die geeignet ist, vom deutschen Volke die Last einer tiefen Besamung zu nehmen, lieber glauben als wir. Leider kommt die Richtigstellung sehr spät, und man muß sich fragen, ob es denn nötig war, daß, wie es scheint, die Bläse des Führers von „U. 9.“ abgewartet wurde, und ob sonst niemand in der Lage war, die Sachlage richtig zu schildern.)

Die internierten U-Boote.

(b.) Aus Santander wird berichtet: Die Zeitung „Atenas“ meldet die Ankunft von zwei englischen Torpedobootzerstörern, die gemäß den Waffenstillstandsbedingungen die in neutralen Häfen internierten Boote übernehmen sollen. Die Uebergabe dieser U-Boote soll unter Mitwirkung der spanischen Behörden nacheinander in Cadix, Ferrol, Vigo, Cartagena, Santander stattfinden.

Mainz. Ab 1. Januar verkehren die Eisenbahnhänge für den Berufsverkehr nach dem Brückentopfgebiet auf den Strecken Frankfurt und Darmstadt wieder ab Hauptbahnhof Mainz.

Rundgebung des Zentrums.

Im Zirkus Busch in Berlin fand eine überwältigende Rundgebung der Zentrumspartei statt, an der über 60 000 Personen teilnahmen. Dr. Pfeiffer hielt eine Rede über das Programm des neuen Zentrums, während Dr. Höfle vor Sozialisierungsversuchen warnte. Der als Kandidat aufgestellte evangelische Pfarrer Haeder von der Lutherische rief zu gemeinsamer Arbeit gegen das „freche und wahninnige Heidentum Adolf Hoffmanns“ auf. Nach Schluß der Versammlung zogen die 60 000 Teilnehmer vor das Kultusministerium. Mächtig erschollen Rufe: „Holen wir Hoffmann herunter!“ Eine größere Anzahl Teilnehmer erzog sich einlaß in das Kultusministerium, konnte Hoffmann aber nicht finden. Die Mitteilung wurde mit hundertfältigen Rufen: „Feigling!“ quittiert. Darauf bewegte sich der Zug vor das Reichstanzlerpalais, Chöre und trommende Reiter führend. Auf dem Schloßplatz löste sich der Zug in der größten Ruhe auf.

Saenisch gegen Hoffmann.

(w.) Minister Saenisch hat eine Erklärung abgegeben, daß er nicht gewillt sei, mit Adolf Hoffmann weiter zusammenzuarbeiten. Saenisch erklärte, daß er zurücktreten werde, wenn Hoffmann bleibe.

Auf zum Wahlkampf!

Nachdem die französische Militärbehörde die Wahl zur Nationalversammlung und die zur ihrer Vorbereitung notwendige Wirksamkeit auch in unserem Gebiete gestattet hat, gibt es jetzt auch für uns

keine vornehmere Pflicht, seine dringendere Aufgabe, als zu werden und zu arbeiten — für die Wahl!

Wenn der Wille lebt, daß der Wahlkampf gewonnen werden soll, so ist viel mehr Handeln und weniger Betrachtung nötig. Der geistige und politische Energien vergeudet, die Grenzgebiete der bürgerlichen Parteien für die Nationalversammlung abzuleiten, tut Dinge zuvor, die zweckmäßiger hinterher getan werden. An sich besteht Einnahme darüber.

daß wir uns nur dann einen Weg ins Freie zu bahnen vermögen, wenn wir tief von der Erkenntnis durchdrungen sind, daß uns nur Arbeit im Dienste der Volksgemeinschaft retten kann. Der Obrigkeitssinn ist zerbrochen, was werden soll, ist ein freier Volksstaat, eine wahrhafte Demokratie, deren Bildung auf den festen Säulen politischer Einsicht an sich und staatlicher Gesinnung beruht. Während die Sozialdemokratie sich anlehnt, die tatsächlichen Gegensätze ihres linken und rechten Flügels zu überwinden, um die ganze Wucht ihrer Massen in den Wahlkampf zu werfen, sind die bürgerlichen Parteien noch nicht einmal mit dem Aufmarsch fertig. Nun ist die Entscheidung sehr einfach gestellt: gelingt es der Sozialdemokratie, mehr als die Hälfte aller Stimm zur Nationalversammlung zu erobern, so bestimmt sie souverän die Regierungsform, während sie sich von dem Schwergewicht der agitatorisch ausgewählten und begehrt gewordenen Massen kaum zu lösen vermag. Bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 erzielte die Sozialdemokratie rund 35 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Welche Verschiebungen innerhalb der Wählermassen selbst vorgegangen sind, läßt sich ebenso wenig beurteilen, wie die Wirkung der neu aufgerufenen Wählermassen.

Bei der Wahlarbeit hat die Sozialdemokratie unlangbar starke Werbemittel für sich. Es kommt nur darauf an, das auszunutzen, was gegen sie spricht. Ihre demokratischen Forderungen können und werden vom Bürger in der Hauptsache unterstützt werden, weil es sich hier um unüberwindliche Entwicklungen handelt, und nicht um parteipolitische Stedenpferde. Wichtiger ist es die Scheidung hinsichtlich der sozialistischen und wirtschaftlichen Forderungen zu finden. Im allgemeinen erkennen auch die Unabhängigen, daß die sofortige Sozialisierung schon an der soziologischen Verfrischung des industriell-kapitalistischen Staates in allen Staaten der Erde scheitert. Deutschland kann nicht allein etwas versuchen, was auf Jahre hinaus seine Erzeugungskraft hemmt, zumal wir gezwungen sein werden, unseren Feinden Entschädigungen und Kriegskosten zu bezahlen. Es wird von unserer Freiheit und unserem Selbstbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Dingen zunächst nicht viel übrig bleiben. Der Ausfall der Wahlen hängt nun wesentlich davon ab, daß die politische noch nicht klar überzeugten Massen für die bürgerlichen Parteien gewonnen werden. Auch die Sozialdemokratie weiß, daß sie mit den bisher von ihr organisierten Anhängern die Wahlschlacht nicht gewinnen kann, zumal unter ihren Millionenstimmen bei früheren Reichstagswahlen Hunderttausende waren, die ihr als Mitläufer zugute kamen. Alle jene, die unzufrieden mit den herrschenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, für sozialistische Verbündeten eintreten, um ihrer Abkündigung den schärfsten Ausdruck zu geben. Heute haben alle bürgerlichen Parteien demokratische und wirtschaftliche Forderungen in ihre Taktiken aufgenommen, deren Durchführung der Wunsch und der Wille des ganzen Volkes ist. Trotzdem bleiben immer noch Millionen Wähler aufzuklären und zu gewinnen. Vollends Neuland betritt die parteipolitische Eroberung der Frauen, die zahlenmäßig berufen sind, den Wahlkampf zu entscheiden. Es heißt Verwirrung in ihre Reihe tragen, wenn immer neue Parteien auf sie einwirken. Der Wahlkampf geht um die politische Stellung und um den politischen Einfluß des Bürgertums, aller soziologischer Gruppe, und deshalb muß es in sich die Kraft und die Einsicht aufweisen, wenigstens durch gebundene Listen bei der Entscheidung gerade so geschlossen aufzutreten, wie die tatsächliche gesuchte Sozialdemokratie.

Die Nationalversammlung.

(b.) Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahl zur Nationalversammlung vom 30. November 1918 und vom 28. Dezember 1918. Darnach sind die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 an aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund der Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten. Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der nächstgelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

Die Einberufung der Nationalversammlung.

• Berlin, 4. Jan. Der Tag der Einberufung der Nationalversammlung sowie der Ort der Tagung werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Die Nationalversammlung wird voraussichtlich nicht vor Mitte Februar zusammentreten, da das endgültige Wahlergebnis nicht vor dem 26. Januar zu erwarten ist.

Was jeder Wähler wissen muß.

Jeder der 38 großen Wahlkreise des Reichs wird in Stimmbezirke eingeteilt. Die Abgrenzung derselben erfolgt für den Stadtkreis durch den Oberbürgermeister, für den Landkreis durch den Landrat. Jeder Stimmbezirk hat ein eigenes Wahllokal und einen Wahlvorsteher. Stimmbezirke sollen im allgemeinen die Gemeinden sein. Große Gemeinden können in mehrere Stimmbezirke eingeteilt werden. Kein Stimmbezirk soll mehr als 3500 Einwohner umfassen. Als Durchschnittswohnzahl für die Stimmbezirke sind 2500 Einwohner angegeben, doch ist eine Mindestgröße nicht festgesetzt, so daß Orte, die nicht 2500 Einwohner zählen, einen eigenen Stimmbezirk bilden können.

Für jeden Stimmbezirk wird vom Gemeindevorstand eine Wählerliste angelegt. Jedermann ist, solange die Wählerliste ausliegt, berechtigt, gegen die Richtigkeit Einspruch zu erheben. Ueber die Einsprüche entscheidet binnen einer Woche im Landkreise der Landrat, im Stadtkreise der Oberbürgermeister.

Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und Listenwahl. Beim Wahlkommissar sind bis zum 4. Januar 1919 Wahlvorschläge einzubringen. Ein Wahlvorschlag ist eine Liste, die so viele Namen enthält, als Abgeordnete zu wählen sind. Ein solcher Wahlvorschlag kann nur angenommen werden, wenn er die Unterschriften von mindestens 100

in den Wählerlisten des betreffenden Wahlkreises eingetragenen wahlberechtigten Personen enthält. Wahlvorschläge, die diesem Erfordernis nicht genügen, werden zurückgewiesen. Praktisch kommt es also darauf hinaus, daß jede im Wahlkreis einigermaßen bedeutende Partei eine solche Liste einreicht. Die bis zum 4. Januar 1919 vorliegenden gültigen Wahlvorschläge werden durch den Wahlkommissar öffentlich bekannt gemacht. Spätere Vorschläge werden nicht mehr angenommen.

Ist nun dies alles ordnungsmäßig erfolgt, so wird am 19. Januar zur Wahl, zur Abstimmung geschritten. Dies geschieht in gleicher Weise, wie bisher bei den Reichstagswahlen. Der einzelne Wähler, die Frau, das Mädchen, der junge Mann, betritt das Wahllokal, wo er vom Wahlvorsteher oder sonst einer offiziellen Persönlichkeit ein Kuvert eine Briefhülle erhält. Alle Briefhüllen sind völlig gleich und ohne jedes Abzeichen, das sich kenntlich machen könnte. Mit dieser Briefhülle begibt sich der Wähler in einen gesonderten Raum, wo er, völlig frei und unbeobachtet, seinen Stimmzettel mit den Namen der Kandidaten, die er wählen will, in die Hülle steckt. Diese übergibt er dann dem Wahlvorsteher, der sie mit dem Stimmzettel in die Wahlurne legt. Die Berechnung, wer gewählt ist, erfolgt nach dem Verhältnisssystem.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Unterstaatssekretärs Herrn Goels van der Bruggen ist Geheimrat Adolf Scheidt aus dem Reichsarbeitsamt zum Reichs- und preussischen Staatskommissar für das Wohnungswesen ernannt worden. Damit tritt an die Spitze des Wohnungswesens ein Mann, der kaum wie ein zweiter die außerordentlich schwierigen Zusammenhänge des Wohnungs- und Siedlungswesens überblickt. Der neue Staatskommissar ist kein studierter Mann, aber er hat als Reichsbeamter eine Laufbahn hinter sich, die wohl einzig dasteht. Infolge seiner ungewöhnlichen Tüchtigkeit wurde er vor 6 Jahren als mittlerer Beamter zum Regierungsrat im Reichsamt des Innern und später zum Geheimen Regierungsrat im Reichsamt des Innern ernannt. Erst kürzlich ist er Dirigent der im Reichswirtschaftsamt neu gegründeten Abteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen geworden. Adolf Scheidt ist im 48. Lebensjahr und wird an der Spitze, in die er berufen ist, leisten, was möglich ist. Eine umfangreiche neue Bau- und wirtschaftliche Beziehungen zur Zeit schließlich abgeschlossen.

— Der Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht eine Anordnung des Ministers für Handel und Gewerbe, wonach vom 1. Januar an im preussischen Landesgewerbeamt eine besondere Abteilung errichtet wird, der die Bearbeitung sämtlicher des Handwerks, die Gewerksförderung und das Genossenschaftswesen betreffenden Angelegenheiten obliegen wird. In die Abteilung werden Vertreter des Handwerks und des Genossenschaftswesens als Mitarbeiter berufen werden.

— Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Danzig tritt der Oberpräsident von Westpreußen, von Jagow, am 1. Februar in den Ruhestand.

Gemeinsame Beschlüsse der süddeutschen Regierungen.

Stuttgart, 3. Jan. In verschiedenen Aussprachen der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die am 27. und 28. Dezember in Stuttgart stattgefunden haben, ist beschlossen worden, künftig gemeinsam hinzuwirken auf 1. Neuerrichtung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, 2. Schaffung einer arbeitfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung, 3. schnelle Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

Das militärische Programm der neuen Regierung.

• Der nunmehr der Reichsregierung angehörende bisherige Gouverneur von Kiel, Roske, hat der „Deutschen Wg.“ über das militärische Programm der neuen Regierung erklärt, daß es sich auf die freiwillige Volkswehr stützen werde, die durch Gesetz vom 12. Dezember angeordnet worden ist und dem Rat der Volksbeauftragten unterstellt sein soll. Als seine nächste Hauptaufgabe bezeichnet es Herr Roske, gegen die von Osten drohenden Gefahren mit allen verfügbaren Mitteln einen starken Schutz zu schaffen. Die Höhe der künftigen deutschen Friedenswehrmacht werde auf dem Friedenskongress geregelt werden, doch sei die deutsche Regierung entschlossen, die Rüstungen soweit zu beschränken, wie es die allgemeine Abrüstung der europäischen Staaten zulassen werde.

Das deutsche Wirtschaftsleben.

Der Sonderkorrespondent der „National News“ in Berlin hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller. Dieser erklärte, das ganze Wirtschaftsleben befände sich augenblicklich in einem chaotischen Zustande. Abgesehen davon, daß ohnehin schon ungenügende Mengen an Lebensmitteln und Rohstoffen für die Versorgung der Bevölkerung vorhanden sind, werden die Schwierigkeiten noch dadurch vergrößert, daß Deutschland so viele Lokomotiven und Eisenbahnwagen abliefern muß. Eine weitere Schwierigkeit für das Wirtschaftsleben bildet die entsetzliche Steigerung der Preise für alle Artikel, nicht nur für Stahl, Eisen, Kupfer usw., sondern auch für Lebensmittel. Außerdem fordern die Arbeiter noch Aufbesserung ihrer jetzigen Löhne. Große Streiks stehen bevor. Durch die Forderungen der Arbeiter werden die Preise der Artikel vielleicht so hoch, daß Deutschland nicht mehr auf dem Weltmarkt konkurrieren kann, so daß der Export, von dem 20 Proz. der deutschen Arbeiter früher lebten, sich nicht wieder erholen können wird. Das Streben der deutschen Wirtschaftspolitik muß also in Zukunft darauf gerichtet sein, nicht nur die Löhne, sondern auch sämtliche Preise für Rohmaterial aller Art und für verarbeitete Produkte sowie Lebensmittel zu drücken. Nur wenn das geschieht, ist Deutschland noch imstande, sich wieder in die Höhe zu arbeiten und z. B. Schadenvergütungen zu bezahlen. Wenn Deutschland Elsass-Lothringen verliert und die Einfuhr von Eisen aus Luxemburg und anderen Ländern aufhört, so entgeht dadurch für Deutschland der Ausfall von ungefähr 28 Millionen Tonnen Eisenerzen. Deutschland würde dann nur noch Rohstoffe für den eigenen Bedarf erzeugen können.

Allerlei Nachrichten.

Graf Hertling gestorben.

Ruhpolding (Oberbayern), 5. Jan. Graf Hertling ist gestern abend 9.45 Uhr nach sechstägigem Krankenlager hier verschieden. Die Beisetzung findet in München statt.

Rückzug der Japaner.

(tu.) Nach einer Pariser Meldung beginnen die japanischen Truppen sich aus Sibirien zurückzuziehen.

Die Lebensmittelversorgung.

(b.) Die deutsche Waffenstillstandskommission gibt bekannt, daß die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln dahin geregelt wurde, daß die Alliierten alle Beschlüsse der Lebensmittelkonferenz nimmend an die deutsche Waffenstillstandskommission gelangen läßt. (tu.) Aus Washington wird gemeldet, daß zwischen den Vereinigten Staaten und den Regierungen der Länder Nordeuropas Abmachungen unterzeichnet werden sollen, um in diesen Ländern bestehenden Bedürfnisse an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu befriedigen. Unter anderem soll die Ausfuhr von Schweinefleisch und Schweinefleischwaren gestattet werden.

Aufteilung der U-Boote.

(b.) Der Berliner „Lokal-Anzeiger“ meldet aus dem Haag: Die Alliierten haben die 114 von Deutschland abgelieferten U-Boote unter sich zu teilen beschloffen. England erhält 78, Frankreich 15, Italien 10, Japan 7 und die Vereinigten Staaten 4 Untersee-Boote. Die letzteren sind bereits nach Amerika abgegangen.

Warum der Kaiser nach Holland ging?

(b.) Der bekannte Amsterdamer Professor Lang war mit dem inzwischen wieder nach Berlin abgereisten Dr. Förster nach Amsterdam zum deutschen Kaiser gerufen worden. Er teilte einem Ausfrager des „Algemeen Handelsblad“ mit, daß der Kaiser an den Folgen einer Grippe leidet. Vor drei Wochen hatte der Professor zu beschließen, ob eine Operation nötig sei. Der Patient hatte damals hohes Fieber, so daß alle Aufregung, namentlich durch das Lesen von Zeitungen, vermieden werden mußte. Professor Lang fand alsdann Rede auf die Frage, warum im November der Kaiser überhaupt weggegangen und dann gerade nach Holland übergetreten sei. Der Befragte konnte darüber um so eher Auskunft geben, als der Kaiser selbst sich ihm gegenüber hierzu ausgesprochen hatte. Der Kaiser sagte, er hätte bei den Truppen bleiben können. Das sei auch bis zuletzt seine Absicht gewesen, allein es sei ihm unmöglich geworden durch die um ihn herum in Belgien ausbrechenden revolutionären Bewegungen, die das Hauptquartier bedrohten. Weiter wurde die Absicht durch die Reutereien am Rhein vereitelt, durch die die Brückenköpfe in die Hände der Revolutionäre übergegangen waren. Wenn der Kaiser bei den aus dem Felde heimkehrenden Truppen geblieben wäre, so hätte der Verband die Hungerloskade zur Erzwingung der Auslieferung verschärft und das wäre eine Zornschand für das deutsche Volk auf ewig gewesen. Der Kaiser hätte sich auch einem der feindlichen Generale ergeben können. An dritter Stelle hätte er alle Truppen zu einem letzten Angriff, einem verzweifelten Durchstoß und einem triumphalen Tod vereinigen können. Da jedoch der Waffenstillstand, nach dem das Heer und das Volk so sehr verlangten, bevorstand, konnte der Kaiser es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, das Leben, auch nur eines einzigen deutschen Soldaten zu opfern. Er hätte einen Kern treuer Fronttruppen zusammenziehen und damit nach Berlin vorstoßen können, um die Herrschaft seines Hauses mit dem Schwerte zu befestigen. In diesem Falle hätte er, da Köln, Koblenz und andere Orte in den Händen der Revolutionäre waren, diese Städte erst erobern müssen, was einen Bürgerkrieg entfesselt hätte. In dieser unmöglichen Lage beschloß der Kaiser als verfassungstreu Monarch, so, wie er es während seiner ganzen Regierung und während des Krieges stets in allen wichtigen Angelegenheiten getan hatte, dem Rat seiner verantwortlichen Ratgeber zu folgen. Das waren in diesem Falle der Reichsmarschall, der Generalquartiermeister und der Vertreter des auswärtigen Amtes. Ihr Rat lautete einstimmig: Nach Holland.

Deutsch-Österreich.

(b.) Das Wiener Fremdenblatt veröffentlicht eine Verbalnote, welche das deutsch-österreichische Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten am 24. Dezember an das diplomatische Korps in Wien richtet, in der die feste Hoffnung auf den Bestand und die Freiheit des zu

Anteil unabhängigen souveränen Staatswesens konstituierten Staates Deutsch-Österreich ausgesprochen wird. Zu gleicher Zeit wurden den diplomatischen Vertretern zur Weiterleitung an ihre Regierungen eine Denkschrift übermittelt, die eine ausführliche Darstellung der Ansprüche Deutsch-Österreichs in staatsrechtlicher und politischer Beziehung enthält und sämtliche deutsche Sprachgebiete zum Zweck einer Vereinigung mit dem deutsch-österreichischen Staate aufzählt. Weiter wird auf die Notwendigkeit der Lebensfähigkeit des neuen Staates und einer gerechten Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle hingewiesen.

Die Besetzung Konstantinopels.

(b.) Reuter erzählt, daß ein französisches Bataillon zur Besetzung von Stambul und ein englisches zur Besetzung von Pera bestimmt wurden. Man erwartet, daß noch ein anderer Stadteil von Konstantinopel durch italienische Truppen besetzt werden soll.

Die bedrohte Ostmark.

(tu.) Bissa in Posen wurde von polnischen Arbeitern besetzt und Gnesen für polnisch erklärt. Die Eisenbahn Wloclaw-Thora ist von Polen besetzt. (tu.) Waderewski mit zwei englischen und einem polnischen Offizier nach Warschau abgereist. Ein englischer Offizier ist mit Berichten über Berlin nach Spa abgereist. (tu.) Der Oberpräsident und der Regierungspräsident sind zurückgetreten.

Gebrüder Kochling verhaftet.

(b.) Nach dem „Matin“ schreibt die „Frankische Tagespost“: Im Saargebiet wurden die bekannten Großindustriellen Gebrüder Kochling verhaftet. In den Bergwerken der Gebrüder Kochling fand man in einer Ausbeutung von 30 Hektar bedeutende Mengen Maschinen aller Art, die aus französischen Werken herrihren. Die Gebrüder Kochling werden als Fehler angesehen.

Ludendorff in Moskau?

(b.) Stockholmer Blättern zufolge behaupten Reisende, die von Petersburg kamen, daß Ludendorff sich nach Moskau geflüchtet habe.

Die Räumung Rigas.

(b.) Am Silvestertage haben die deutschen Streitkräfte ihre Stellungen bei Wingenberg geräumt und sich auf die Fregel-Stellung zurückgezogen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte, der sich tags zuvor im Panzerzuge in die vorderste Stellung begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstande anzuweisen, traf die schwachen Streitkräfte bereits in einer so verzweifelten Lage, daß einhalten der Stellungen am Fregel unmöglich schien. Mit dem Augenblick, an dem die Truppen der Bolschewiki die Fregelstellung erreicht haben, ist die Räumung Rigas unvermeidlich geworden, besonders wenn man die Stadt schonen und nicht einer Einnahme mit stürmender Hand aussetzen will. Die englische Flotte hat sich außerstande erklärt, helfen und schützend einzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich verzögert hat, die Räumung Rigas noch im Laufe dieser Woche beschlossen worden. Die Aken der Gefandtschaft und der größte Teil des Personals sind bereits nach Riga übergesiedelt. Der Gesandte mit seinem engsten Stab ist noch in Riga geblieben, am letzten Augenblick gemeinsam mit der provisorischen lettischen Regierung ebenfalls nach Riga zu gehen. Da noch 1000 Reichsdeutsche sich in Riga aufhalten und große Werte an Privatbesitz und Heeresgut noch nicht abtransportiert sind, wird auch nach Uebernahme der Gefandtschaft nach Riga ein Vertreter des Gesandten mit etwaigen Mitarbeitern in Riga verbleiben, um die reichsdeutschen Interessen auch gegenüber den Bolschewiki zu vertreten.

Die Scheldefrage.

(b.) Reuter erzählt, daß von der britischen und anderen Regierungen an Holland gerichteten Verlangens, ihnen zur Benutzung der holländischen Eisenbahn und Wasserwege dieselben Erleichterungen zu gewähren, wie die kürzlich an Deutschland gewährt wurden, die niederländische Regierung hat geantwortet, sie betrachte den Durchzug der Deutschen nicht als Präzedenzfall. Die Niederlande erklären, der normale Verkehr auf den niederländischen Flüssen kann wieder aufgenommen werden und es ist gegen eine Weiterbeförderung über Schelde und Rhein keine Einwendung zu machen, vorausgesetzt, daß sie unter der Handelsflagge erfolgt.

Tschechisch-ungarischer Krieg.

(tu.) In der Umgebung Preßburgs fanden zwischen Tschechen und Ungarn Infanterie- und Artilleriekämpfe statt. Die Telephonverbindung Budapest-Wien über Preßburg ist zerstört.

Franzosen in Budapest.

(b.) Zur Besetzung von Budapest sind etwa 2000 Mann französischer Truppen eingetroffen, die in Kasospalota einquartiert wurden.

Die Sinn-Feiner.

(tu.) Nach einer „Times“-Meldung aus Dublin haben die Sinn-Feiner vorläufig folgende Absichten: Die 73 Mitglieder des Parlaments werden bald in Dublin zusammenkommen und Abgeordnete zur Wahrung der Interessen des irischen Volks zur Friedenskonferenz ernennen. Sie glauben, auf diese Weise die Sache auf die Spitze treiben zu können, und Wilson zum Handeln zu zwingen. Ebenso scheinen sie die Absicht zu haben, die sofortige Freilassung der internierten Sinn-Feiner zu fordern. Es geht das Gerücht, daß sie eine in diesem Geiste gehaltene Forderung der Regierung in Dublin vorlegen wollen und, sobald nur ein Wort dieser Forderung zurückgewiesen wird, den allgemeinen Ausstand in Irland verkünden werden.

Wilson.

(tu.) Präsident Wilson nebst Frau und Tochter verließen Donnerstag abend Paris um 19 Uhr. Sie begaben sich nach Rom über Turin und Genua und trafen Freitag vormittag in Rom ein.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Zur Beachtung.

* Deßlich, 7. Jan. Von Seiten der Besatzungsbehörde ist Befehl ergangen, daß sofort die nötigen Maßnahmen

getroffen werden, damit aus Schaufenstern usw. alle Postkarten, Broschüren, Zeichnungen usw. entfernt werden, die in irgend einer Form geeignet sein könnten, die alliierten Armeen zu beleidigen, oder als beleidigend von diesen aufgefaßt werden könnten.

Warnung.

* Deßlich, 7. Jan. Die Unterhaltung drahtloser Fernsprecheinrichtungen ist strengstens verboten und wird schwer bestraft. Es wird hiermit auf dieses Verbot hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß solche Sprecheinrichtungen schwer zu ermitteln sind.

Postverkehr.

* Eltville, 7. Jan. Ab Montag, den 6. Jan. sind die Schalter des hiesigen Postamts von 8—12 vorm. und 2—5 Uhr nachmittags geöffnet. Für Orte des besetzten Gebietes, mit Ausnahme von Elsfleth-Lothringen, werden Einschreibbriefe, Postanweisungen, Pakete und Wertbriefe von den Postanstalten angenommen.

Beginn des Schulunterrichts.

* Eltville, 4. Jan. Der Unterricht an der hiesigen Volksschule, Lateinschule, höheren Mädchenschule und Seminarbildungsschule beginnt am nächsten Mittwoch, den 8. Jan., morgens 8 1/2 Uhr. Seminar und Präparandie sollen am nächsten Freitag wieder beginnen.

Zur Warnung.

* Wiesbaden, 5. Januar. Wegen unerlaubten Aufenthalts nach 9 Uhr abends auf der Straße und wegen Ueberschreitung der Polizeistunde wurden 7 Personen gemeldet. — Wirtschaftsschließung. Die hiesige französische Kommandantur hat eine Wirtschaft im Stadtteil Baldstraße auf 14 Tage geschlossen, weil sie länger über die Polizeistunde hinaus Gäste duldet.

Zuckerdiebstahl.

* Gustavsburg. Nahezu 300 Zentner ukrainischen Zuckers, ca. 30 000 Mark Wert, wurden aus der Lagerhalle des hiesigen Hafens durch unbekannte Diebe gestohlen.

Hochwasser.

< Bingen, 2. Jan. Der Rhein steigt noch immer und hat nun bald den oberen Rand der Westmauer erreicht. Der hiesige Pegel wies heute früh einen Wasserstand von 4,39 Meter auf, während gestern 4,34 Meter festgestellt wurden. Das ist eine riesige Höhe des Wassers, die den Rhein tatsächlich zu einem gewaltigen Strom macht, wenn man den Blick rheinaufwärts ins Rheingau richtet. Auch die Nahe ist so hoch geworden und steigt immer noch. Der Boden ist eben allenthalben so mit Wasser gesättigt, daß als natürliche Folge alle Bäche, Flüsse und Ströme eine Steigerung erfahren, zum Ausgleich nach den vielen Monaten, in denen der Rhein nur zurückgegangen ist, sich wenigstens auf einer recht geringen Höhe gehalten hat. Im Gebirge im St. Goar, in Bacharach, Obermesel sind die tieferen Teile der Städte überschwemmt. Das Wasser wächst dabei noch weiter, wenn auch langsam. Im vorigen Jahre betrug der Wasserstand am Binger Pegel am 2. Januar 1,03 Meter, aber am 21. Januar, zur Zeit des Höchststandes während des damaligen Hochwassers 4,25 Meter und am 2. Januar 1917 stand das Wasser am Binger Pegel auf 4,18 Meter und stieg damals auf 4,61 Meter am 6. Jan. 1917. Der damalige Höchststand ist also noch nicht erreicht, doch bestehen dafür alle Aussichten.

Ehrung der Gefallenen.

* Ober-Ingelheim, 3. Jan. Die hiesige Gemeindevertretung hat auf Anregung des Beigeordneten Freund einstimmig beschlossen, eine hübsche Anlage in Gestalt eines Kriegerhains herzustellen, der sich in einer Länge von 1/2 Kilometer an der althistorischen Ober-Ingelheimer Ringmauer hinziehen soll. Zu diesem Zwecke ist die Anpflanzung von über 100 Eichen geplant, von denen je eine nach dem Namen der über 100 gefallenen Soldaten der Gemeinde benannt werden soll.

Zur Warnung.

* Höchst, 5. Jan. Auf Anordnung des Herrn kommandierenden Generals der 10. Armee vom 16. Dezember 1918 wurde der Gemeinde Einbindung eine Gesamtkarte von 3000 M. auferlegt. Grund: Feindliche Rundgebung den Besatzungstruppen gegenüber, anlässlich des Durchzuges deutscher Militärkraftwagen am 17. Dezember 1918.

Ein Weihnachtsgeschenk für Darmstadt.

* Darmstadt, 4. Jan. Als wahrscheinlich erste der deutschen Städte hat jetzt Darmstadt ein großartiges Weihnachtsgeschenk bekommen. Von Amerika sind am Montag über die Schweiz fünfzehn Eisenbahnwagen Lebensmittel für Darmstädter Einwohner eingetroffen. Am Vortage waren fortwährend eine ganze Reihe amerikanischer Sanitätsautos unterwegs, welche die so sehr ersehnte Fracht nach den Lagerräumen eines hiesigen amerikanischen Unterlebens in der Ludwigstraße brachten. Voreerst konnten erst drei Waggons geleert werden, die anderen werden am Freitag folgen. Sie bestehen aus Kaffee, Reis, Schweine, Schokolade, Konserven aller Art, amerikanischen Speck usw. Ein Teil soll dem roten Kreuz überwiesen werden, damit vor allem die Kriegsgeschädigten in den Lazaretten usw. versorgt werden, der andere größere Teil soll an die Bevölkerung zu mäßigen Preisen zur Verteilung kommen.

Großes Wiedersehen.

* Montabaur, 6. Jan. Ein junger amerikanischer Soldat erhielt Quartier in dem Geburtsort seines vor Jahren aus dem Wehrwald nach Amerika ausgewanderten Vaters. Der Amerikaner erzählte den Ortsbewohnern, daß sein Vater vor fünf Jahren die letzte Nachricht aus dem Heimatdorf erhalten habe, wobei ihm mitgeteilt sei, daß die Großmutter noch lebe und damals 77 Jahre alt gewesen sei. Der Soldat wurde hierauf seiner noch am Leben befindlichen Großmutter zugeführt. Die Begrüßungsjahren zwischen Enkel und Großmutter waren von ungemeiner Herzlichkeit.

Französischer Schulunterricht.

* Aus der Pfalz, 5. Jan. Der französische Unterricht in dem Bezirk Bergzabern, dem an Elsaß anstößenden Grenzbezirk ist auf Veranlassung der Besatzungsverwaltung in allen Volksschulen obligatorisch eingeführt worden, und zwar voreerst mit wöchentlich drei Stunden.

Eine Amnestie für deutsche Fahnenflüchtige?

* Wie das deutsche Konsulat in Bern dem „Bund“ mitteilt, ist eine Amnestie für deutsche Fahnenflüchtige erlassen worden, so daß die Betroffenen unter gewissen Voraussetzungen wieder nach Deutschland zurückkehren können.

Starke Angebote von Schlachtvieh.

* Das sächsische Landeslebensmittelamt stellt ein starkes Angebot von Schlachtvieh fest, das in manchen Städten sogar den Friedensanstrieb übersteigt. Die Gründe sucht man in dem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit des Viehes, das in den Dörfern durch die rechtswidrigen Eingriffe des Arbeiter und Soldatenräte entstanden ist. Die Landwirte verkaufen ihr Vieh, weil sie den Verlust durch Beschlagnahme fürchten.

Weinzeitung.

Die Weinpreise nicht herabgesetzt.

* Aus Rheinhessen, 5. Jan. Keine Herabsetzung der Weinpreise durch die französische Besatzung. Die zuerst aus dem Pfalz berichtete Reduzierung der Weinpreise durch die Franzosen erweist sich als völlig irrig. Weder dort noch im rheinischen Weingebiet hat die französische Militärbehörde zu dem diesseitigen Weinpreisen Stellung genommen. Die Preise für Weiß- und namentlich auch Rotwein sind zwar überall erheblich zurückgegangen, aber nirgends infolge eines behördlichen Eingriffs.

— Aus der Rheinpfalz, 5. Jan. Das Holz der Reben erweist sich als in gutem Zustande. Man kann damit rechnen, daß es den Winter günstig übersteht wird. Die Arbeiten in den Weinbergen wurden in den vergangenen Wochen nach Möglichkeit gefördert. Sie sind denn auch ziemlich auf dem Laufenden. Das Weingewerbe ist ohne Belang. Es herrscht keine Nachfrage und kein Abgang. Die Forderungen sind dabei schon wesentlich zurückgegangen. Im Bezirk der oberen Haardt betrug der Preis für das Fuder 1918er bis 2000 Mk., im Gebiet der unteren Haardt bis 3400 Mk.

— Aus Baden, 5. Jan. Die üblichen Winterarbeiten in den Weinbergen vermochte man in den letzten Wochen bei soweit ganz günstigem Wetter ziemlich zu fördern. Der Wein entwickelt sich zu einem mittleren Gewächs, das aber auch viel Säure anweist. Geschäftlich ist wenig Leben. Bei den vereinzelten Umsätzen brachten in der letzten Zeit die 100 Liter 1918er bis 400 Mk. Im allgemeinen sind die Forderungen gefallen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr. d.

Neuer Wintermode.

Bearbeitet und mit Abbildungen versehen von der Internationalen Schnittmannsfabrik, Dresden-A.

Reichhaltiges Modenalbum à 1 Mk. sofort erhältlich.

Modestragen — Modestragen! Sparfameit bis zum Neuesten hinsichtlich der Stoffmengen! Dies ist das Programm der diesjährigen Herbstmode, die damit immer größerer Schlantheit zustrebt. Winkt auch in der Ferne ein Hoffnungsstrahl: Die neue Stapelfaser, ein aus Holzstoff gewonnenes Gewebe, das die Stoffnot beseitigen soll, so ist deren Verwertung für die Allgemeinheit doch noch zu sehr Zukunftsmusik, als daß man jetzt schon damit rechnen könnte. So liegt es denn weiter sich mit dem Wenigen begnügen, was noch zur Verfügung steht. Und da heute das Kriegskleid, das Kleid, aus zweierlei Stoff im kurzen Futteraltrachten einherwandelt, so erschaffen sich damit mancher Edele neue Verwendungsmöglichkeiten. Die Linien der Herbstmode sind bereits scharf umrissen: Hier eine fast strichartige, auf die Futteralform zusehender Geradlinigkeit, von der sich einzelne Modelle mit leichter Betonung der Taillenslinie abheben, dort eine Vorliebe für lange glatte Leibern, die Taille und Hüfte leicht übergehend, die weiblichen Formen tadellos verdecken, wie es bereits im Sommer die Stolaanordnungen der Kittelkleider fertig brachten. Die Kleider sind fast ausnahmslos zusammenhängend gearbeitet, selbst wenn sie scheinbar aus Rock und Leibchen bestehen und letzteres fachlich und stofflich abheben gehalten sein sollte. In diesem Falle ist dann der Rock einem Futteraltrachten angelehnt, das von der losen Taille verdeckt wird, die dann in irgendeiner Weise ansetzbar mit dem Rock verbunden ist. Als Beispiel mag unter von Künstlerinnenhand entworfenes Kleid Nr. 3901 dienen, bei dem das lange, vorn geschlitzte Leibchen aus papierblauer Seidenrippe los über dem leichtgerippt hellen Rock fließt und die Hüftlinie fast ganz vermischt. Den finkelfrischen Einschlag verleiht die über das ganze Leibchen verkreuzte buntfarbige Web- und Chenillebedeckung. Dazu lange Schieferhosenärmel in der Farbe des Rockes. An dem einfachen Alltags- wie am eleganten Nachmittagskleide behauptet sich die Kittelform mit zäher Ausdauer. Ob zwar enger geworden, besitzt sie noch immer ihre gefällige Ungezwungenheit auf die harte Niemand gern verzichtet. Sie ist nicht nur die verbriefte Form für Stoffverbindungen und Umänderungen, sondern eignet sich auch für die nicht immer leichte Verwendung von Papierstoffen. Mit Abb. 3903 bringen wir ein praktisches Kittelkleid, an dem die Verwendung gestreiften Stoffes gezeigt wird.

Es läßt sich aber ebenfals aus zweierlei Material wie aus Papiergewebe herstellen. An den eleganten Kittelkleidern ist viel Neigung für Stolaeffekte, zuweilen aber auch für Lieberkleider, bemerkbar. Oft sind die Stolen bei voller hinterer Länge vorn kurz und durch Halbgürtel festgehalten, oder sie laufen vorn bis zum Rocksaum, wo sie eine breite reiche Saumfaser abschließen. Immer aber geht ihr Bestreben dahin, die Figur möglichst zu verhüllen. Es sind Gewänder, die in ihrer harten, strengen Linie wohl nur dem beweglichen Auge ein Genug sind. Das Tunika-Kittelkleid mit seiner graziosen Anmut leichter Stoffe rangiert in die Klasse der Abendkleider. Denn fast immer sind es leichte Gewebe, die zu dem hemdartigen fragenlosen Liebertrachten verwendet werden, den dann eine breite Schärpe meist unterhalb der Gürtellinie lose zusammenhält. Die Märmel, meist sind sie unten weiter als oben, werden dazu gern halber oder dreivierteltlang getragen, das enge Unterkleid besteht aus Seide. Es sind Abendkleider für die Jugend, wie sie einfacher und anmutiger kaum gedacht werden können.

Wählt die reizende Frau das Tunika-Kittelkleid (denn für sie kommt das Kittelkleid schon seiner jugendlichen Form wegen noch kaum in Frage), so ist dies naturgemäß etwas anspruchsvoller. Vorteilhaft für reife Formen sind vor allem jene ziemlich glatten Leibern mit angeschnittenen Wickelteilen, die durch ihre faltenbildende in Taillen- gegen dem Ganzen etwas Ungezwungen-Natürliches verleihen. Dieses Leibchen besteht dann stets wie die Tunika aus Seide oder einem schwereren Stoff als der eigentliche Rock, wie es auch unsere Abb. 3919 zeigt. Sehr hübsch wirkt hier das rechtsseitig offene Lieberkleid durch seine W- und V-Form, wodurch auch das Unterkleid voll zur Geltung gelangt. An dem meisten Kleider hat der Kragen vollständig seine Bedeutung verloren, da er oft ganz fehlt, dagegen ist der Gürtel sehr im Kurs geblieben. Breite Schärpen nach Bajaderenart mit der Hüfte geschnitten, schmale Doppelgürtel durch Einschnitte und Spangen geziert, Gürtel aus großen Perlen oder Polamenten, aus Metallgewebe oder aus zweierlei Band geflochten, sprechen von der Vielseitigkeit dieser kleinen modischen Beigabe, durch die man bei etwas Stillegefühl selbst dem einfachsten Kleide einen Anstrich ungezwungener Eleganz verleihen kann.



Modell Nr. 3901.

Modell Nr. 3903.

Modell Nr. 3919.

liche Rock, wie es auch unsere Abb. 3919 zeigt. Sehr hübsch wirkt hier das rechtsseitig offene Lieberkleid durch seine W- und V-Form, wodurch auch das Unterkleid voll zur Geltung gelangt. An dem meisten Kleider hat der Kragen vollständig seine Bedeutung verloren, da er oft ganz fehlt, dagegen ist der Gürtel sehr im Kurs geblieben. Breite Schärpen nach Bajaderenart mit der Hüfte geschnitten, schmale Doppelgürtel durch Einschnitte und Spangen geziert, Gürtel aus großen Perlen oder Polamenten, aus Metallgewebe oder aus zweierlei Band geflochten, sprechen von der Vielseitigkeit dieser kleinen modischen Beigabe, durch die man bei etwas Stillegefühl selbst dem einfachsten Kleide einen Anstrich ungezwungener Eleganz verleihen kann.

M. H.

Statt besonderer Anzeige.

Codes- + Anzeige

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Vatten, unseren guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Balh. Fuhrmann

heute Nachmittag 12 1/2 Uhr wohl gestärkt durch die hl. Sterbesakramente im Alter von 81 Jahren in die Ewigkeit abzurufen, was wir Verwandten und Bekannten mit der Bitte um hilfes Beileid und ein Gebet für den Verstorbenen mitteilen.

Seine Seele empfehlen wir den Priestern beim hl. Messopfer.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Franz Balh. Fuhrmann
und Kinder.

Destr. d., Johannisberg, Sulda, Frei-Weinheim, Wiesbaden den 4. Januar 1919.

Die Seelenmesse für den Verstorbenen findet am Mittwoch morgen statt.

Wir vergüten vom 1. Januar 1919 an für Guthausender Rechnung

3% Zinsen.

Spar- und Leihkasse | Vorschuß- u. Creditverein
in Geisenheim | in Geisenheim
e. G. m. b. H. | e. G. m. b. H.

Photographisches-Atelier Bogler.

Geisenheim im Rheingau.

Spezialitäten: Vergrößerungen und Verkleinerungen
auch von Zivil in Feldgrau
und alle sonstigen Photographischen Arbeiten.

Steintöpfe

für Sauerkraut u. Rüben etc. empfiehlt in großer Auswahl
E. Jellmer, Eisenhandlung, Eltville a. Rh.

Pfähle,

große Auswahl tannene, gerissene, Kieferne, Gold-
Arche Vermischte, gefägte und runde kyanisierte. Wein-
bergspfähle, kyanisiert und imprägniert, in Längen 1,50,
1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl in Baumstüben imprägniert und
kyanisiert in allen Längen und Dicken.

Verkauf ab Lager gegen Kassa, Versand gegen Nachnahme.

E. Dillmann, vorm. Gregor Dillmann
Geisenheim a. Rh.

Claud. Schmitt,

Bildhauer,

Geisenheim am Rhein

empfehlte sich in

Anfertigung von Grabdenkmälern,

Figuren, Büsten,

Reliefs, Grabbeisetzungen usw.

Moderne Grabdenkmäler nach eigenen Entwürfen.

Gebogene saubere Ausführung, billige Preise.

Terminkalender

für Bürgermeister

gebunden, vorrätig in der

Buchdruckerei des „Bürgerfreunds“.

Elässische Bankgesellschaft

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Fernruf Nr. 52 und 91 —

Vergütung von Spargeldern zu
günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden
Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung
aller Angelegenheiten.



Limonadeflaschen

mit Drahthebelverschluss, In-
halt 1/2 l. (auch gebrauchte) zu
kaufen gesucht. Angebote an
J. B. Nikolai, Destr. d.,
Landstraße 3.

Imprägnierte u. kyanisierte Weinbergspfähle,

runde und gefägte
Stückel,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang,

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang,

empfiehlt

Gg. Jos. Friedrich,

Destr. d. Rhg.

— Telefon 70. —

Arztliche

Fahrochsen

gut im Zug, zu verkaufen.

Brochueswerke,

Niederwalluf.

Ein Läuferschwein

zu kaufen gesucht.

Näheres durch die Exped. d. Bl.

Mitteilungen

betreffend Adam Etienne, Destr. d.

Monatsmädchen oder Frau

gegen guten Lohn sofort gesucht.

Frau Münch, Winkel,

Gänzgasse 14.

Ein guter Fahrochs

steht zu verkaufen bei

Franz Orth 2.,

Hallgarten.

Einem neuen Hausbackofen

zu verkaufen.

Näheres zu erf. im Verlag.

Zugfestes, schwebes Arbeitspferd

steht zu verkaufen.

Näheres in der Exp. d. Blattes.

1/2 Stück 1918er Destr. d. zu kaufen gesucht.

Gest. Off. mit Preisangabe

an die Exp. d. Btg. erbeten.

Sattelzeug

für ein Pferd, Pflug, Egge

sofort zu verkaufen.

Zu erf. in der Exp. d. Btg.